

Pressemitteilung, 22.04.2005

Maget: Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) kann helfen, den Investitionsstau bei den Kommunen abzubauen - aber die Kernbereiche der Daseinsvorsorge davon ausnehmen

SPD-Fraktionschef spricht vor Fachkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

!! SPERRFRIST: HEUTE, FREITAG, 13.15 UHR !!

"Mehr denn je fehlt in Bayern Geld für öffentliche Investitionen - durch die verfehlte Haushaltspolitik der CSU-Staatsregierung gehen sowohl die staatlichen Investitionen als auch die Investitionszuschüsse an die Kommunen deutlich zurück", beklagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, **Franz Maget**, am Freitag in Nürnberg vor der Fachkonferenz "Öffentlich Private Partnerschaften in Kommunen", zu der die Bundes-SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) eingeladen hatte und an der auch der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, teilnahm.

"Viele notwendige Baumaßnahmen - wie Schulen, Krankenhäuser, Straßen- und Schienenprojekte - müssen deshalb auf die lange Bank geschoben oder ganz aufgegeben werden", stellte Maget fest. "In dieser Situation kann Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) dabei helfen, den beklagenswerten Investitionsstau abzubauen."

"In Bayern hinken jedoch" - so der Oppositionschef im Landtag - "etwa im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen die rechtlichen Rahmenbedingungen für ÖPP deutlich zurück". Maget fordert deshalb eine unvoreingenommene Prüfung öffentlich-privater Finanzierungsmodelle. "In Einzelfällen kann dies teurer werden, in vielen Fällen können dadurch aber zusätzliche private Mittel für öffentliche Belange mobilisiert werden."

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Ausgenommen bleiben sollten nach Ansicht Magets auf jeden Fall Kernbereiche der Daseinsvorsorge. Derartige Bereiche müssten uneingeschränkt unter der unmittelbaren demokratischen Kontrolle gewählter Amts- und Mandatsträger verbleiben. "So muss etwa die Trinkwasserversorgung uneingeschränkt auch in Zukunft in unmittelbarer und uneingeschränkter öffentlicher Trägerschaft bleiben." Bei Infrastruktureinrichtungen, die elementare Bedürfnisse der Bevölkerung sicherstellen, sollten die Entscheidungsspielräume der kommunalen Verantwortlichen nicht durch die Bindung an langfristige Verträge beschränkt werden. Hingegen erscheinen eine vertragliche Bindung und eine auf diesem Wege ausgeübte öffentliche Kontrolle in Bereichen denkbar, in denen keine gleichermaßen sensiblen Einrichtungen betroffen sind, so etwa bei Schulgebäuden oder Freizeit- und Kongresshallen.

Angesichts angespannter kommunaler Haushalte in Bayern, deren Situation sich mit dem Nachtragshaushalt 2004 nochmals dramatisch zugespitzt hat, sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende in ÖPP-Modellen eine kreative Möglichkeit für Investitionen in den Kommunen. Die Landespolitik habe die Aufgabe, den Kommunen die nötige Unterstützung insbesondere bei den rechtlichen Rahmenbedingungen zu Teil werden zu lassen. Entsprechende Berichte dazu wird es im Landtag noch vor der Sommerpause geben. Die nötigen und zweckmäßigen Maßnahmen der Gesetzgebung könnten dann noch im Herbst auf den Weg gebracht werden.

Zur erfolgreichen Realisierung von ÖPP-Modellen seien insbesondere erforderlich:

- ein klares Leistungsprofil, das dem Privaten abverlangt werden soll und das auch auf mögliche tatsächliche Veränderungen im Laufe der Jahrzehnte eingeht,
- eine exakte Vergleichsrechnung, um die Sinnhaftigkeit einer ÖPP im konkreten Fall bewerten zu können,
- die finanzielle und personelle Leistungskraft, um den zunächst höheren Vorbereitungs- und Beratungsaufwand schultern zu können, sowie
- die strikte Einhaltung der vergaberechtlichen Bestimmungen.

Nach Magets Überzeugung ist in den Kommunen genügend Sachverstand vorhanden, um im Einzelfall eigenverantwortlich über die optimale Finanzierung zu entscheiden.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Gleichzeitig warnt Maget jedoch davor, die eigentliche Großbaustelle der Kommunalfinanzen, den kommunalen Finanzausgleich in Bayern, zu schließen. „Das Zusammenstreichen der Investitionsfördermaßnahmen um jährlich über eine halbe Milliarde Euro mit dem Nachtragshaushalt 2004 kann auch nicht annähernd durch ÖPP-Modelle ausgeglichen werden.“

Die eklatanten Schwächen des kommunalen Finanzausgleichs bleiben auch in diesem Jahr bestehen, das gelte nicht nur für die um 31 Prozent gekürzten Investitionsfördermaßnahmen, sondern auch für die im Ländervergleich geradezu lächerlich geringen Schlüsselzuweisungen mit der mit Abstand geringsten Verbundquote von 11,6 Prozent. Einer der wenigen Lichtblicke für kommunale Haushalte sei die Gewerbesteuer, die wegen der Senkung der Gewerbesteuerumlage und Änderungen in der Unternehmensbesteuerung wieder eine gewisse Normalität erreicht habe.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Langer
Pressesprecher

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de